

---

## Auszug aus dem Protokoll

Sitzung Nr. 7  
Datum 15. Oktober 2014

---

58 1.7.2 Politikplan

### Politikplan 2015 bis 2019

Präsidentin: Eintreten ist gemäss Geschäftsordnung gegeben. Zum Vorgehen: Nach den Voten der GPK und des Gemeinderates wird das Wort für eine allgemeine Runde den Fraktionen sowie den Ratsmitgliedern offen sein. Anschliessend besteht die Gelegenheit, zuerst zum Politikplan und anschliessend zum Finanz- und Investitionsplan gezielt Fragen zu stellen oder Bemerkungen anzubringen. Zuerst zum Allgemeinen: Die GPK hat das Wort.

Hans-Jörg Rothenbühler, GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Der Gemeinderat hat das Wort.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Im Finanz- und Investitionsplan hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht viel verändert. Die Aussichten sind nicht besser. Die Prognosen für die letzten Jahre haben sich bewahrheitet. Der Finanz- und Investitionsplan zeigt den Weg auf und bestätigt die negativen Prognosen. Ihr habt die Abschlussprognose zur Laufenden Rechnung 2014 bekommen. Sie bestätigt die Budgetwerte, mit kleinen Abweichungen, die aber nicht zu so grossen Verbesserungen führen, dass wir bedenkenlos in die Zukunft schauen können. Es ist leider nicht so. Dazu zu sagen ist, dass im Finanz- und Investitionsplan für die ganze Planperiode mit einer Steueranlage von 1,40 Einheiten und einer Liegenschaftssteuer von 1,0 ‰ gerechnet wurde. Die Investitionen sind mit einem Korrekturfaktor von 25 Prozent berechnet worden und tragen so den zeitlichen Verzögerungen bei der Projektausführung Rechnung und basieren auf Erfahrungswerten.

Bei den Kosten für die Lastenausgleichssysteme ist gegenüber dem Vorjahr mit durchschnittlich 38 Franken mehr pro Einwohner zu rechnen. Es ist ein Anstieg der zur Kenntnis zu nehmen ist, den wir von hier aus nicht steuern können. Die Nettoinvestitionen können nur ungenügend selber finanziert werden. Beim Selbstfinanzierungsgrad liegt die Kurve auf der untersten Schiene, das heisst, dass wir zum grössten Teil auf Pump leben. Wenn wir noch schlechter geschäftet, und nichts dagegen unternehmen, werden wir nicht einmal mehr die laufenden Ausgaben zahlen können. Davon sind wir zum Glück noch weit entfernt. Aber ich gebe zu bedenken, dass wir darauf reagieren müssen. Entweder können wir es ausgaben-seitig machen und wenn das nicht geht, müssen wir einnahmeseitig reagieren, das heisst, mit Steuererhöhung. Auf Lottogewinne zu hoffen ist ein schlechter Ratgeber. Was hier im Finanz- und Investitionsplan enthalten ist, sind keine Luxusprojekte, es sind Unterhaltssachen. Es geht darum, dass Sanierungen gründlich geprüft werden, wie wir es mit dem Kindergarten gemacht haben.

Wir können es nicht einfach schwimmen lassen, ohne etwas zu tun. Wir werden in den nächsten Jahren reagieren müssen. Schulden anzuhäufen und zu verzinsen, das kann nicht unser Ziel sein.

Präsidentin: Das Wort ist offen für die Voten der Fraktionen.

Martin Köchli, BDP: Der Gemeinderat hat es soeben erwähnt: Nichts Neues im Finanz- und Investitionsplan gegenüber im letzten Jahr.

Die BDP Fraktion hat den Politik- und den Finanzplan zur Kenntnis genommen. Der Politik- und der Finanzplan sind wichtige Führungsinstrumente des Gemeinderates und für uns GGR-Mitglieder eine unabdingbare "Guideline" um die Einzelgeschäfte richtig einordnen zu können und die Gesamtübersicht zu behalten. Wir danken dem Gemeinderat und allen Beteiligten für die Erstellung des hervorragenden Dokumentes.

Mit Besorgnis nehmen wir von den Ergebnissen der Finanzplanung Kenntnis. Die Selbstfinanzierung ist in den nächsten Jahren ungenügend. Mit einem durchschnittlichen Selbstfinanzierungsgrad von 29 Prozent zeichnet sich eine zunehmende Neuverschuldung ab und somit nimmt das zu verzinsende Fremdkapital zu. Die zu erwartenden Aufwandüberschüsse können zwar durch das vorhandene Eigenkapital noch aufgefangen werden. Aber auch das hat einmal seine Grenzen. Bereits wird von nötigen Mehreinnahmen und einer Steuererhöhung gesprochen. Dies sind ernst zu nehmende Zeichen, die in naher Zukunft politische Entscheide erfordern. Aus Sicht der BDP geht es nun darum, dass sich die Kräfte innerhalb des GGR zusammenschliessen, die Steuererhöhungen per se nicht unterstützen, die bereit sind nach mehrheitsfähigen Sparmöglichkeiten zu suchen und wo möglich auch den eigenen Gemeinderäten entsprechende Aufträge zu erteilen. Dazu wäre die BDP bereit, dies zu initiieren und erste Sondierungsgespräche mit den Fraktionen zu führen.

Hans Jörg Rhyn, SP: Wir nehmen den Politikplan so zur Kenntnis, wie er ist. Es ist ein interessantes Dokument, ein Handlungsplan des Gemeinderates, wir haben keine Bemerkungen und finden ihn gut. Der Finanz- und Investitionsplan 2015 – 2019 zeigt auf, dass sich die Perspektiven seit dem letzten Jahr nicht wesentlich verändert haben. Sie sind aber auf keinen Fall besser geworden. Die wirtschaftliche Lage im direkten Umfeld der Region Bern erscheint zwar stabil. Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten könnten aber die gesamte Wirtschaftslage Europas und damit unsere rasch verschlechtern.

Die vorsichtige Einschätzung des Gemeinderates bei den Erläuterungen zum Finanzplan sind darum richtig. Drei Aussagen erscheinen uns besonders wichtig. Erstens: Auch mit den geplanten, leicht höheren Steuererträgen bleibt die Selbstfinanzierung über die Planperiode hinweg ungenügend. Zweitens: Es zeichnet sich eine zunehmende Neuverschuldung ab. Pro Jahr im Durchschnitt fast Fr. 2 Mio. Drittens: Die Aufwandüberschüsse können durch das ausgewiesene Eigenkapital vorläufig noch aufgefangen werden, die Leistungsfähigkeit des Finanzhaushaltes kommt aber in den Planjahren ohne Mehrerträge an ihre Grenzen. Die SP-Fraktion nimmt von diesen ziemlich unerfreulichen Feststellungen Kenntnis und nimmt sie ernst. Wichtig ist für uns, dass einerseits die Neuverschuldung nicht endlos zunimmt, andererseits sollte die Gemeinde für die Erfüllung ihrer Aufgaben auch in Zukunft einen gewissen Spielraum haben. Dank den guten Rechnungsabschlüssen und den zusätzlichen Abschreibungen in den vergangenen Jahren ist Zollikofen vorläufig noch gut aufgestellt. Wir stimmen der differenzierten Beurteilung des Gemeinderates voll zu und nehmen den Finanz- und Investitionsplan in diesem Sinne zur Kenntnis.

Anne Lise Greber, GFL: Die Fraktion GFL dankt dem Gemeinderat und der Gemeindeverwaltung für die Erstellung des Politikplans mit dem Umsetzungsprogramm und nimmt ihn sowie den Finanz- und Investitionsplan zur Kenntnis. Ich äussere mich zu den Zahlen nicht, da andere dies viel besser machen.

Wir schätzen insbesondere den Lösungsansatz 1.8 „Behörden und Verwaltung in Integrationsfragen schulen“ und den Punkt 2.5 „Ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung des Litterings und der unerwünschten Sprayereien erarbeiten und umsetzen“. Im Umsetzungsprogramm, unter Punkt 3.4.1.1. „Teilprojekt uferbezogenes Velo- und Fusswegnetz umsetzen“, gehen wir davon aus, dass die Umsetzung in Abstimmung mit den Nachbargemeinden stattfindet und hoffen, dass die Wege nicht breiter gestaltet werden, als nötig. Dabei ist es uns auch ein Anliegen, dass der Teil Renaturierung nicht zu kurz kommt.

Marcel Remund, FDP: Die FDP Fraktion hat den Politik-, Finanz- und Investitionsplan für die Jahre 2015 bis 2019 zur Kenntnis genommen und dankt der Verwaltung und dem Gemeinderat für die Erstellung.

Politisches Handeln zieht meistens zusätzliche finanzielle Belastungen mit sich. Umso wichtiger ist, dass die verfolgten Ziele im Politikplan und deren Umsetzung zum Nutzen möglichst vieler Einwohnerinnen und Einwohner von Zollikofen sind. Darum gilt es, Augenmass zu halten. Wir als Parlament haben es in der Hand, allenfalls Gegensteuer zu geben.

Der vorliegende Finanz- und Investitionsplan bestätigt im Wesentlichen die Annahmen aus dem Vorjahresfinanzplan. Der Aufwand des Steuerhaushaltes nimmt von 2014 bis 2019 um rund neun Prozent zu. In Zeiten einer relativ tiefen Teuerungsrate ist dies eine beachtliche Zunahme. Bei gleichbleibender Steueranlage wird ebenfalls mit einer Zunahme des Steuerertrages über die Planperiode gerechnet. Das zeigt einmal mehr, dass der Grund für zukünftige Defizite in den Jahresrechnungen nicht mangelnder Steuerertrag ist, sondern die stetig steigenden Ausgaben. Schon nur ein Einfrieren der Ausgaben auf heutigem Niveau würde daher die Defizite stoppen. Erfreulich ist, dass die geplanten Investitionen der nächsten fünf Jahre relativ gleichmässig auf die Jahre verteilt sind. Dies zeigt, dass die Gemeinde verlässlich und sorgfältig mit ihrer Infrastruktur umgeht.

Alles in allem zeigt sich jedoch ein getrübtes Bild der Gemeindefinanzen: Das Eigenkapital wird bis 2019 auf rund Fr. 6 Mio. absinken und das verzinsliche Fremdkapital um rund Fr. 10 Mio. zunehmen. Die Investitionen können also nicht aus der laufenden Rechnung finanziert werden. Darum gilt es, die Hausaufgaben zu machen und die Defizite der nächsten Jahre ohne Steuererhöhungen zu eliminieren. Masshalten bei den laufenden Ausgaben ist die beste Lösung dazu. Wir helfen mit.

Peter Bähler, SVP: Auch die SVP dankt für die Vorlage des Politikplanes. Wir haben sie kurz diskutiert und fanden, dass sie so gut ist. Zum Teil hat der Gemeinderat sehr ambitionöse Ziele gesetzt, aber wir werden ihn unterstützen. Zum Finanzplan wurde schon viel gesagt, eigentlich wollte ich zuerst fragen, ob der Gemeinderat nichts tut, wenn die Finanzen aus dem Ruder laufen, er hat das aber heute genau dargelegt. Wir haben auch das Angebot der BDP gehört und auch wir würden mithelfen, eine Lösung zu finden.

Präsidentin: Weitere Fraktionsmeldungen? Das ist nicht der Fall? Voten der Ratsmitglieder?

Roland Stucki, EVP: Punkt 2.5 „*Ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung des Litterings und der unerwünschten Sprayereien erarbeiten und umsetzen*“ im Politikplan soll umgesetzt werden. Anne-Lise Greber hat es kurz erwähnt, das ist an sich lobenswert. Stellt sich nur die Frage, ob man jetzt Fr. 10'000.00 ausgeben soll, um lokal ein solches Konzept auszuarbeiten, welches "fédéral" wohl ebenso zu Buche schlägt.

Es hat in der Schweiz sicher schon einmal eine Gemeinde oder Stadt gegeben, die so ein Konzept gemacht haben. Internetrecherchen würden wahrscheinlich sparen helfen. Wie würde man das dann angehen? Würde es darum gehen, Flächen zu vermeiden, die besprayed werden könnten? Oder geht es darum, herauszufinden warum überhaupt gesprayed wird?

Thomas Ackerman, CVP: Fast alles ist wie im Vorjahr. Vieles ist bereits gesagt worden. Ich will auf Wiederholungen verzichten und kann mich sehr kurz halten. Wir von der CVP haben in den Unterlagen nichts Beunruhigendes gelesen. Betreffend des Eigenkapitals, glauben wir noch nicht daran, dass sich dieses bis 2018 halbieren wird.

Wir haben zur Kenntnis genommen, was im Bericht und Antrag, im Politikplan sowie im Finanz- und Investitionsplan geschrieben worden ist. Wir danken allen an dieser Arbeit beteiligten Personen für die sehr gewissenhafte und sorgfältige Arbeit.

Toni Oesch, FdU: Zu Bericht und Antrag Ziffer 4 zu den neuen Lösungsansätzen: Ich begrüsse die Neuaufnahme von Lösungsansätzen, wie zu a) Ziff. 2.5 Bekämpfung des Litterings: Vielleicht kann noch Geld in die Gemeindekasse gespült werden, wenn Bussen möglich sind und zu Ziff. 3.6: Das verdichtete Bauen wird geprüft: Wir haben schon ein Resultat mit der Teilaufhebung der Ausnützungsziffern. Was das Bauen in die Höhe bringt, sehen wir auch schon am Beispiel Aufstockung eines Einfamilienhauses an der Stockhornstrasse, mit Verschandelung des Ortsbildes.

Präsidentin: Weitere Voten? Das ist nicht der Fall. Will der Gemeinderat zu den Voten der allgemeinen Runde Stellung nehmen?

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Wir kommen somit zur Detailberatung des Politikplanes. Wir sammeln entsprechende Voten aller Ratsmitglieder und anschliessend wird der Gemeinderat dazu Stellung nehmen.

Seite 3 bis 9: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Bei den Erläuterungen zum Umsetzungsprogramm auf Seite 10 hat es bei Punkt 2.5 "unterwünschten" einen "t" zuviel. Zudem frage ich mich, ob es "erwünschte Sprayereien" gibt (*Anm. d. Protokollf.: Allgemeine Erheiterung*). Zu Seite 11.

Bruno Vanoni, GFL: Zwei Fragen. Die erste zum Tätigkeitsprogramm 2015, 1.2.2.2 *"Die definitive Einführung der sprachlichen/sozialen Frühförderung ist abhängig von der Einführung des Projekts schritt:weise."* Hier wird keine Tätigkeit beschrieben, sondern gesagt, dass etwas abhängig ist von etwas anderem. Es würde mich interessieren, ob etwas gesagt werden kann, bezüglich definitiver Einführung der Frühförderung und wie es mit schritt:weise aussieht.

Die zweite Frage betrifft Punkt 1.3.1.2 *"Gemeindemitteilungen vermehrt im Anzeiger Region Bern veröffentlichen."* Im Voranschlag lernen wir, dass in Zukunft für den Anzeiger bezahlt werden muss und hier wäre meine Frage, ob das Sinn macht und wir nicht besser auf das Mitteilungsblatt Zollikofen setzen.

Sabine Huber, Gemeinderätin: Zur sprachlich-sozialen Frühförderung: Wenn man schritt:weise eingeführt hätte, hätte man eventuell gewisse Synergien nutzen können, vor allem auch punkto Zuständigkeit und Organisation. schritt:weise findet aber nicht statt und über die definitive Einführung der Frühförderung wird im ersten Quartal 2015 entschieden.

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Die zweite Frage von Bruno Vanoni betrifft die Gemeindemitteilungen im Anzeiger. Sie konnten den Budgetunterlagen entnehmen, dass der Anzeiger der Region Bern wirtschaftliche Schwierigkeiten hat. Er probiert dies nicht nur durch kostenpflichtige Publikationen der Gemeinden aufzufangen, sondern auch mit einer Attraktivitätssteigerung. Den Hauptertrag erzielt er immer noch aus den Inseraten und nicht aus den Textbeiträgen, die neu kostenpflichtig werden. Sie haben es vielleicht schon gesehen, manchmal erscheint eine "Gemeindeseite" auf der Mitteilungen der angeschlossenen Gemeinden publiziert werden. Diese sind für die Gemeinden kostenlos.

Roland Stucki, EVP: Seit 2005 bietet der Verein Arche Noah sprachliche Frühförderung an. Das ist meines Wissens die einzige, noch aktive Frühförderung nach Konlab-Methode. Die Gemeinde beteiligt sich indirekt daran.

Seite 12: Keine Bemerkungen.

Markus Burren, SVP: Seite 13: Lösungsansatz 3.1 *"grünflächen aufwerten und vernetzen"*. Das hier umschriebene Ziel ist völlig unrealistisch. Den Landwirten stehen in Zusammen-

hang mit dem Vernetzungskonzept jährlich Beiträge von Seite Kanton Bern zwischen Fr. 20'000.00 und 30'000.00 zu. Dieses Konzept sollte seit drei Jahren durch die Verwaltung aktualisiert werden. Da bisher keine aktualisierte Version bei der Abteilung Naturförderung des Kantons Bern eingegangen ist, werden die Beiträge erstmals im Jahr 2014 gestrichen. Dies, obwohl die Landwirte ihre Leistung (einschränkende Bewirtschaftung) nach Treu und Glauben auch in diesem Jahr erbracht haben.

Ich frage Sie: Wer bezahlt den Landwirten die Beiträge? Wie ist das Vorgehen, um bei schwindender Kulturlandfläche die knapp 9 ha zusätzlich geplante Vernetzungsflächen in der Gemeinde zu generieren?

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Das Vernetzungskonzept ist in Bearbeitung und es ist geplant, dass es bis Ende Jahr fertig ist.

Markus Burren, SVP: Nur ein Teil der Fragen wurde beantwortet. Uns interessiert die Frage nach dem Geld. Und das mit der ökologischen Ausgleichsfläche, die Ende 2019 29,0 ha betragen soll, ist völlig aus der Luft gegriffen.

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Diese Frage kann nicht beantwortet werden und wird als Einfache Anfrage entgegengenommen.

Seite 14 bis 16: Keine Bemerkungen. Seite 17 bis 19?

Marc Niklaus, SP: Ich habe das Dokument in Spanien am Strand genossen, es hat noch etwas Sand darin. Bei der zweiten Spalte auf diesen drei Seiten, bei der Begründung, warum man einen Lösungsansatz aus dem Ideenspeicher herausgenommen hat: Ich war etwas perplex wegen des ziemlich einsilbigen Textes. Ich wünsche mir eine Begründung, da ich zum Teil auch gar nicht verstanden habe, weshalb etwas aus dem Ideenspeicher fiel.

Präsidentin: Seiten 20 und 21? Keine Bemerkungen, wir kommen zum "*Courant normal der politischen Führung*" auf Seite 22/23. Keine Bemerkungen. Seite 24?

Toni Oesch, FdU: Seite 24, Finanzen: Zum wirtschaftlichen Umfeld komme ich beim nächsten Traktandum "Voranschlag 2015" zurück. Letztes Jahr habe ich dieses Heft intensiv bearbeitet. Weil aber Anregungen und Aussagen nur zur Kenntnis genommen werden, habe ich dieses Jahr darauf verzichtet.

Präsidentin: Gibt es noch Voten? Das ist nicht der Fall. Das Wort hat der Gemeinderat.

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Wir kommen zum Finanz- und Investitionsplan, den wir seitenweise beraten. Auch hier gehen wir zuerst hindurch, danach hat der Gemeinderat Gelegenheit, Stellung zu nehmen.

Toni Oesch, FdU: Seite 1, Ziffer 3, Grundlage: Es ist richtig, dass bei Investitionen mit einem Realisationsabzug von 25 Prozent gerechnet wird. Bisher sind es die grünen Seiten gewesen. Dadurch werden auch die Fehlprognosen nicht so krass ausfallen wie in den letzten Jahren. Das zeige ich beim Traktandum Voranschlag 2015. Eine andere Korrektur ist die generelle Ausgabenkürzung um einen halben Steuerzehntel und die gleichzeitige Erhöhung der Einnahmen um einen halben Steuerzehntel. Dieses Manöver ist also saldoneutral. Ob es greifen wird, ist fraglich.

Zu Ziffer 4 Investitionen: Sehr zu begrüßen ist die gesamtschweizerische Harmonisierung der Berechnung der Abschreibungen ab dem Jahr 2016, nämlich linear 10 Prozent des Anlagewertes. Dadurch werden die Folgekosten der Neuinvestitionen richtigerweise auf die Jahre gleichmässig verteilt.

Zu Seite 2 oben und Seite 3, Ziffer 7, Prognoseannahmen , zweitletzter Abschnitt: Für 2015 ist die Zuwachsrate der Einkommenssteuer natürlicher Personen möglicherweise mit 4,80 Prozent zu hoch gegriffen, weil die Basis, das heisst, die Einkommen im Lauf des Jahres 2014 nach BIP-Zahlen abnehmen werden. Beim Voranschlag 2015 komme ich darauf zurück.

Seite 3: Keine Bemerkungen.

Seite 4: Keine Bemerkungen.

Toni Oesch, FdU: Seite 5, Ziffer 11, Schlussfolgerungen: Es ist richtig, dass die geplanten Ausgabenüberschüsse dem Eigenkapital angerechnet werden. Aber ein solches Vorgehen bewirkt das Gegenteil einer Schuldenbremse. Das vorhandene Eigenkapital von rund Fr. 14 Mio. und die Überabschreibungen allein der letzten sechs Jahre von Fr. 7,8 Mio stellen Steuern auf Vorrat dar. Dadurch können Steuererhöhungen vermieden werden und die Steuerzahler erhalten etwas zurück der zu viel bezahlten Steuern.

Seite 6 bis 27: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Möchte der Gemeinderat Stellung nehmen? Das ist nicht der Fall. **Ich stelle fest, dass Sie den Politikplan 2014 bis 2018 zur Kenntnis genommen haben mit dem Finanz- und Investitionsplan 2015 bis 2019.**

---

Für getreuen Protokollauszug

ZENTRALE DIENSTE